

## ANFRAGE

des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gerhard Deimek  
an den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur  
betreffend **Sicherheitsvorfälle durch „Zug/S-Bahn-Surfen“**

In den vergangenen Jahren kam es vermehrt zu gefährlichen Vorfällen im öffentlichen Verkehr, bei denen Personen auf oder zwischen fahrenden Zügen mitfahren, ein Verhalten, das als „S-Bahn/Zug-Surfen“ bekannt ist. Diese lebensgefährlichen Aktionen gefährden nicht nur die Sicherheit der Beteiligten, sondern auch die der Fahrgäste und des Zugpersonals. Zudem verursachen sie erhebliche Kosten für die öffentlichen Verkehrsbetriebe und die öffentliche Hand.

Ein aktueller Vorfall ereignete sich am 10. August 2025: Ein 24-jähriger Mann aus Algerien, der keinen gültigen Aufenthaltstitel in Österreich vorweisen konnte, sprang in St. Pölten auf einen abfahrenden Railjet auf, nachdem er zuvor falsch ausgestiegen war. Er hielt sich außen zwischen den Waggons fest, was zu einer Notbremsung bei hoher Geschwindigkeit führte. In Wien-Meidling wurde der Mann festgenommen.<sup>1</sup>

Ein weiterer Vorfall ereignete sich im Oktober 2024 in Wien, als vier Jugendliche auf dem Dach einer U-Bahn der Linie U4 mitfahren. Zwei von ihnen, ein 17- und ein 18-Jähriger, prallten bei der Einfahrt in die Station Schönbrunn gegen eine Fußgängerbrücke und erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Beide verstarben später im Krankenhaus.<sup>2</sup>

Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklungen ist es unerlässlich, die Sicherheitslage im öffentlichen Verkehr zu analysieren und Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der Fahrgäste und des Personals zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur nachstehende

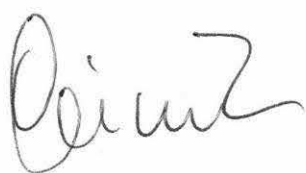
### Anfrage

1. Wie viele Vorfälle von „Zug bzw. S-Bahn-Surfen“ und ähnlichen gefährlichen Handlungen (wie sich auf oder zwischen fahrenden Zügen aufhältige Personen) wurden in den letzten fünf Jahren in Österreich registriert? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr)
  - a. Welche Altersgruppen und Nationalitäten waren bei diesen Vorfällen besonders häufig vertreten? (Bitte um Aufschlüsselung)
2. Welche Vorgehensweisen wurden in genannten Fällen für das Zugpersonal festgelegt?
3. Wie viele Anzeigen wurden in diesem Zusammenhang erstattet, und welche strafrechtlichen Konsequenzen ergaben sich daraus, soweit bekannt?

<sup>1</sup> <https://wien.orf.at/stories/3317132/>

<sup>2</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000242846/u-bahn-surfer-weiter-in-lebensgefahr-verkehrsbetriebe-setzen-auf-praevention>

4. Welche Kosten entstanden für die öffentliche Hand, insbesondere bei den Betreibern öffentlicher Verkehrsmittel seit 2020? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr)
5. Wurden die betroffenen Personen zivilrechtlich für die entstandenen Kosten belangt?
  - a. Wenn ja, in wie vielen Fällen und in welcher Höhe?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Maßnahmen wurden seitens Ihres Ressorts ergriffen, um das Phänomen des „Zug-Surfens“ und ähnlicher gefährlicher Handlungen einzudämmen?
7. Wie hoch sind die geschätzten Kosten, die durch solche Vorfälle in den letzten fünf Jahren entstanden sind, sowohl hinsichtlich Sachschäden als auch hinsichtlich der Belastung von Rettungsdiensten und medizinischer Versorgung?
8. Gibt es spezielle Schulungsprogramme für das Personal der öffentlichen Verkehrsbetriebe, um mit Vorfällen des „Zug-Surfens“ und ähnlichen Handlungen umzugehen?
  - a. Wenn ja, wie sehen diese Schulungsprogramm aus?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
9. Wie wird die Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Verkehrsbetrieben und den Sicherheitsbehörden hinsichtlich der Prävention und Aufklärung solcher Vorfälle gestaltet?
10. Welche präventiven Maßnahmen sind geplant, um die Anzahl der „Zug-Surfing“-Vorfälle und ähnlicher gefährlicher Handlungen zu reduzieren?
11. Inwiefern werden bei der Erarbeitung von Sicherheitskonzepten für den öffentlichen Verkehr die spezifischen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem „Zug-Surfen“ und ähnlichen Handlungen berücksichtigt?
12. Gibt es Überlegungen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu ändern, um effektiver gegen „Zug-Surfing“-Vorfälle und ähnliche gefährliche Handlungen vorgehen zu können?



Sollten einzelne Antworten einer Vertraulichkeit bzw. Geheimhaltung unterliegen, wird ersucht, diese unter Einhaltung des Informationsordnungsgesetzes klassifiziert zu beantworten.

